AGMO-Intern

Nr. 5 / September 2011

weitere Informationen:
www.agmo.de

Mitteilungen der AGMO e.V. - Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen

AGMO e.V. unterstützt zahlreiche DFK-Projekte

Die AGMO e.V. unterstützt Ortsgruppen des Deutschen Freundschaftskreises (DFK) in den Oder-Neiße-Gebieten durch Projekte zur Förderung der deutschen Sprache und Identität. Diese Projekte sind besonders auf Kinder im Vor- und Grundschulalter ausgerichtet. Ziel dieser Projekte ist es, die Sprachkenntnisse und als selbstverständlich empfundene deutsche Identität der Großeltern auf die Jüngsten zu übertragen. Umgekehrt werden deshalb von der AGMO e.V. auch Gedenkveranstaltungen und Seniorentreffen wie zuletzt in Breitenmarkt unterstützt, da hier Kinder mit kleinen Beiträgen in deutscher Sprache beteiligt sind. Gefördert wird hiermit ein generationsübergreifendes harmonisches Zusammenleben in der Volksgruppe.

Mutter- und Vatertag mit der DFK-Juniorgruppe beim DFK Rauden

Mutter- und Vatertag beim DFK Junior in Rauden

„Der 23. Mai war ein besonderer Tag für die Kinder aus der Ortsgruppe DFK Rauden. An diesem Tag wurde der Mutter- und Vatertag gefeiert. Die Kinder der Gruppe DFK Junior warteten ungeduldig, denn sie wollten ihren Eltern zeigen, wie ihre Tätigkeit in der Gruppe aussieht und was sie alles schon gelernt haben.“ So schrieb Monika Masarczyk, die gemeinsam mit Renata Dudek (jetzt DFK-Vorsitzende) und Mateusz Miensopust die Juniorgruppe beim DFK Rauden betreut, an die AGMO e.V. Die jungen Erwachsenen gehören zu der Generation von engagierten Oberschlesiern, die sich zu ihrer deutschen Nationalität bekennen sowie in Schule und Studium gute Deutschkenntnisse in Sprache und Schrift erworben haben und beim DFK mitwirken. Mit Gedichten und viel Charme eroberten die Kinder die Herzen der Zuhörer. Der Nachmittag verging mit gemeinsamem Singen und Spielen für die Kinder. Der damalige Vorsitzende, Siegfried Baszczok, erzählte von der kulturellen Tätigkeit des DFK und wie stolz er auf die DFK-Juniorgruppe ist. Zahlreiche Eltern versprachen, begeistert vom Engagement der Betreuer, ihre Hilfe bei weiteren Projekten, wie auch bei der Renovierung des DFK-Gebäudes.

Kinderliederfestival des DFK Stroppendorf, Kreis Gleiwitz

Kinderliederfestival in Stroppendorf

Der DFK Stroppendorf veranstaltete am 10.06.2011 ein Kindergartenfestival in Rauden. Insgesamt kamen etwa 200 Kinder aus mehreren Gleiwitzer Kindergärten zusammen. Mitorganisatorin Michaela Ludwig vom Stroppendorfer Kindergarten nahm mit 56 Kindern teil. Sie vermittelt den Kindern spielerisch die deutsche Sprache.

Lesewettbewerb in Alt Poppelau

Am Lesewettbewerb in Alt Poppelau Mitte Mai 2011 nahmen 60 Kinder im Alter von 8 bis 13 Jahren teil. Die Teilnehmer lasen Texte aus Kinderbüchern von Janosch vor. Die Jury bestand aus DFK-Mitgliedern und AGMO-Mitglied Hans Eifler. Die drei Besten jeder Altersgruppe erhielten Wörterbücher, die übrigen Kinder kleinere Preise. Nach Mitteilung aus dem DFK-Vorstand war trotz Bemühungen der Kinder zu erkennen, daß sie nicht ausreichend Deutschunterricht erhalten, obwohl in der Poppelauer Grundschule Deutsch als Minderheitensprache gelehrt wird. Zwar erhalten die Kinder drei Stunden zusätzlichen Deutschunterricht; dessen Niveau ist jedoch unzureichend. Robert Kampa vom DFK Alt Poppelau dankte der AGMO e.V. für die Unterstützung und stellte eine Neuauflage des Wettbeweberbes zusammen mit dem Gymnasium in Alt Schalkendorf in Aussicht. Weitere Spenden werden erbeten, Stichwort: **„Projekte 2011“**.

Spendenaufruf der AGMO e.V.

Die AGMO e.V. bittet um finanzielle Unterstützung mittels Spenden für ihre projektbezogene Arbeit. Bitte geben Sie bei Ihrer Spendenüberweisung Ihre landsmannschaftliche Herkunft und ihre vollständige Anschrift zur Übermittlung von Zuwendungsbestätigungen für Spenden ab 100,- € an.
Spendenkonto-Nr. 22 666 11 00,
BLZ 370 800 40, Commerzbank Bonn
Es heißt jetzt Commerzbank Bonn statt Dresdner Bank!
Der Vorstand dankt allen Spendern für ihre Beteiligung am Julispendenaufruf der AGMO e.V.!

Überlebenskampf des DFK Glatz

In den vergangenen Jahren hat die AGMO e.V. immer wieder aus Ortsverbänden des Deutschen Freundschaftskreises (DFK) erfahren, daß neben Problemen in den eigenen Strukturen wie Nachwuchsmangel, Mitgliederschwund und Überalterung vor allem mangelnde Voraussetzungen für ein Alltagsleben als Deutsche (es fehlen deutsche Kindergärten und Schulen sowie Veranstaltungen in deutscher Sprache) und der tägliche Kampf um das wirtschaftliche Überleben lähmend wirken. Mit Horst Ulbrich hat der DFK Glatz einen Vorsitzenden, der in die Heimat zurückgekehrt ist, um hier als Deutscher zu leben und die deutsche Kulturarbeit mitzugestalten. Hierbei wurden ihm und „seinem“ DFK Glatz regelmäßig Steine in den Weg gelegt, angefangen von der Infragestellung eines zurückgekehrten Heimatvertriebenen als Bestandteil der deutschen Volksgruppe durch Vertreter des eigenen Dachverbandes (VdG); die Stiftung für die Entwicklung Schlesiens und Förderung lokaler Initiativen verlangt Projektanträge und Abrechnungen nur in polnischer Sprache. Haben führende Teile der deutschen Volksgruppe bis heute noch nicht verstanden, daß zumindest die interne Sprache einer Volksgruppe ganz selbstverständlich die Muttersprache sein sollte?

Beim DFK Glatz - v.l. Vorsitzender H. Ulbrich, Schatzmeister H.-P. Keuten, Beisitzer u. Frau Ulbrich

DFK-Strukturen erschweren Initiativen der Basis

Ungünstige Antragsfristen, die strenge Hierarchie von Ortsverbänden über Kreisverbände bis hin zu den Bezirksverbänden sowie die mangelnde rechtliche Eigenständigkeit der Basis schaffen organisatorische Verzögerungen. Horst Ulbrich hat deshalb die Eigenständigkeit vorangetrieben, so daß der DFK Glatz nach Registrierung als Verein beim Registergericht eigene Anträge künftig einfacher stellen kann. Wie der DFK-Vorsitzende mitteilt, gerät der Aufschwung in Glatz in Gefahr. „Die Mitglieder waren bis auf einige wenige wegen fehlender Angebote (…) nicht mehr gekommen. Im März 2010 (…) habe ich als Vorsitzender mit einem verjüngten und kompetenten Vorstand den DFK in eine neue Zukunft geführt. (…) Im Jahr 2010 gelang es uns dann mit Sponsoren aus Deutschland und Mitgliedsbeiträgen, viele Projekte zu realisieren, von der Denkmal- und Grabpflege, Unterstützung der bedürftigen deutschen Rentner in der Heimat, über Deutschunterricht für die Nachkommen bis hin zu Kulturprojekten. (…) Wir waren früher Ortsgruppe unter dem DFK Waldenburg, und unsere Projektanträge mußten wir dort stellen. Die haben sie dann zur Beurteilung und Begutachtung zum DFK nach Breslau geschickt, die dann nach Oppeln zum Dachverband VdG. Erst danach weiter zur Botschaft, Miete und Bürokosten weiter an die deutsche Stiftung. Auf diesem Weg sind all unsere Projekte wohl nicht weitergereicht worden. (…)“ Nach Gesprächen gab es letztlich positive Signale, aber die Anträge wurden als verfristet abgelehnt. Anders als manch andere resignierende DFK-Vorstände fanden sich die Vorstandsmitglieder in Glatz nicht mit ihrem Schicksal ab, sondern beschwerten sich bei Generalkonsul Bernhard Brasack (Breslau). Einstweilen mußten die drei Deutschkurse Ende Juni eingestellt werden. Nach der Kündigung der neuen Räume durch die Stadt steht der DFK-Vorstand vor einem großen Problem: „Ohne finanzielle Zusage werde ich keine Verträge unterschreiben können, und wenn die Verhandlungen mit der Stiftung nicht positiv verlaufen, werden wir weitere Schritte unternehmen müssen. Briefe an den Bundespräsidenten (…) wie auch an Herrn Dr. Bergner (...), mit dem ich wegen des fehlenden Deutschunterrichts in den Schulen hier in Kontakt stehe, außerdem an ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), AGMO e.V. und BdV sind von uns verschickt worden. Wir werden also sehen, ob man uns zum Wohle der deutschen Minderheit in der Grafschaft weiter arbeiten läßt.“

Mitte Juli vermeldete Horst Ulbrich der AGMO e.V., daß nach seinem Brief an den Bundespräsidenten, der wohl über die Botschaft und Konsulate bis hin zum VdG Wellen geschlagen habe, „wir nun endlich Gelder für unsere Projekte ausgezahlt bekommen, die man uns im Januar zugesprochen hat.“ Der DFK-Vorsitzende erstarrt aber nicht in Dankbarkeit, sondern fragt: „Aber ist das nötig? Andere, die nicht so aggressiv ans Werk gehen, haben das Nachsehen, obwohl genügend Mittel zur Verfügung stehen. Wir würden gern mit einer Kindergartengruppe Deutschunterricht starten, unsere Mittel sind aber ausgeschöpft. Wir verfügen im DFK Glatz über 5 Deutschlehrer. Fachpersonal ist also vorhanden.“

Hilfsaufruf für den DFK Glatz

Der AGMO e.V. liegen weitere Briefe des DFK Glatz u.a. an den bundesdeutschen Botschafter in Warschau sowie an die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach vor. Weitere Zusagen oder Vermittlungsangebote sind bisher leider nicht bekannt geworden. Die AGMO e.V. folgt der Bitte des DFK Glatz und dankt für Spenden unter dem Stichwort **„Glatz“**.

Impressum

Herausgeber:
AGMO e.V. - Breite Str. 25 - 53111 Bonn
Tel. 0228/636859 Fax 0228/690420
e-Post: info@agmo.de Internet: www.agmo.de
V.i.S.d.P. Tobias Körfer
Die Eigentums- und Urheberrechte von Fotos und Texten liegen bei der AGMO e.V. Vor einer Veröffentlichung von veränderten Ursprungstexten ist schriftliche Zustimmung einzuholen. Abdruck nur mit Quellenangabe (AGMO e.V.), Belegexemplar erbeten.

Neue AGMO-Studie:

Über die Umsetzung von Minderheitenrechten beim EU-Mitglied Polen - Fallbeispiel Ratibor-Studen

Manchmal gehen die Uhren anders. Der Ratiborer Stadtteil Studen scheint ein solcher Ort zu sein. Im Februar 2010 war von einem auf den anderen Tag der bilinguale Deutschunterricht an der zweisprachigen Grundschule Nr. 5 nach knapp fünf Jahren ausgesetzt worden (AGMO-Intern berichtete). Das darauf folgende wochenlange Ringen der Eltern um Wiedereinsetzung des Deutschunterrichts - vollständig und allen gesetzlichen Anforderungen einer bilingualen Schule entsprechend - füllte Bände. Auch der amtliche Schulname mußte geändert werden. Verschiedene weitere „Ereignisse“ vor und nach dem Februarakt 2010 ließen bei der AGMO e.V. den Gedanken reifen, eine neue Studie über den Umsetzungsstand von Volksgruppen- und Minderheitenrechten in der Republik Polen in Auftrag zu geben.

Denkmal der Menschenrechte beim Europarat in Straßburg

Die Studie, rund 60 Seiten stark, führt erstmals die für Polen verbindlich geltenden Rechtsvorschriften des Europarates, der Europäischen Union und die eigenen polnischen Rechtsakte (v.a. Schulgesetz, Gesetz über die nationalen Minderheiten) zusammen. Dabei zeigt sich, daß die gesetzlich zugesicherten Volksgruppenrechte in der Republik Polen heute nach wie vor unzureichend umgesetzt werden bzw. durch konfuse Verlautbarungen und destruktiv anmutendes Verwaltungshandeln behindert werden. Europäischer Geist ist hier zu oft zu vermissen. Dies wird deutlich, wenn man die kulissenhaft aufgestellten Ergebnisse der Republik Polen im Rahmen der Berichtspflichten beim Europarat analysiert. Und dazu paßt der im August 2010 veröffentlichte Bericht der Höchsten Kontrollkammer Polens (gleicht dem deutschen Bundesrechnungshof): Das Papier analysierte die ersten knapp vier Jahre der Umsetzung des „Gesetzes über die nationalen und ethnischen Minderheiten“ in der Republik Polen. Zwar ist es bislang leider nicht in die deutsche Sprache übersetzt worden (sic!), doch wissen wir längst: Die Kritik ist umfassend.

Auf der anderen Seite tritt Polen als unerbittlicher Mahner für die Verbesserung der Lage von Polen im Ausland ein. So bewertete im Februar 2011 Präsident Komorowski beim Besuch in Litauen die Lage der polnischen Volksgruppe als unzureichend - es gäbe „Grund zur Beunruhigung und Verbitterung“. Dabei verfügen die rund 206.000 Polen in Litauen über 63 Schulen mit rein polnischer Unterrichtssprache (Schuljahr 2009/10). Wie viele solcher Schulen stehen für deutsche Schüler in der Republik Polen zur Verfügung? Keine einzige. Da spielt es auch keine Rolle mehr, daß in Litauen weitere 34 bilinguale Schulen zur Verfügung stehen. Für die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen sind es nach Wissen der AGMO e.V. bis dato fünf.

Was bleibt zu tun? Die rein rechtliche Lage für alle Volksgruppen und Minderheiten in der Republik Polen ist gut. Allein mangelt es allerorten an der Umsetzung. Sie benötigen eine positive Diskriminierung und müssen aktivierend sowie motivierend gefördert werden. Es reicht nicht aus, nach Jahrzehnten der Unterdrückung und schlimmen Erfahrungen, einen Rechtsapparat hinzustellen und zu erwarten, daß dieser nun effizient genutzt werden kann. Der polnische Staat muß die Menschen hüten und örtliche Verwaltungen müssen sich öffnen. Dabei ist der freundliche und respektvolle Umgang miteinander ebenso wichtig wie ausreichende Finanzmittel.

Modern: Computerraum in der Studener Grundschule

Und genau hier ist auch die Bundesrepublik Deutschland gefordert: Es muß nicht unbedingt nur Geld in die Volksgruppe investiert werden. Ermunterung und eine freudige Herangehensweise werden benötigt. Das soll wohlgemerkt nicht in Schönrederei ausarten. Aber klare Worte an den richtigen Stellen - das hilft. Wenn die Bundeskanzlerin demnächst in Warschau sagen würde: „Ich freue mich, Herr Komorowski, im 20. Jahr des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages bei Ihnen sein zu dürfen. Es ist mir eine große Ehre, bald mit Ihnen in Schlesien die erste deutsche Grundschule in Trägerschaft der Organisationen der Deutschen zu eröffnen. Bisher gibt es leider keine einzige, aber Sie werden das nun sicher angehen!“

Genau hier setzt die Studie an: Hinweisen auf das, was ist und was nötig ist. In ruhigem Ton, weder vorwurfsvoll, noch aggressiv. Aber vernehmbar. Auf Deutsch gesagt und mit europäischem Geist.

Für die Veröffentlichung der Studie bitten wir um Spenden unter dem Stichwort „Studie“.

Fachtagung 20 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag

Zum 22. und 23. Juli 2011 lud die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen unter dem Titel „20 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag – Haben die Erwartungen sich erfüllt?“ nach Königswinter zu einer zeithistorischen Tagung. Verschiedene Aspekte des Vertragswerkes aus dem Jahr 1991 wie Volksgruppenrecht, Rückgabe von Kulturgütern und kulturelle Zusammenarbeit wurden beleuchtet. Deutsche und polnische Professoren, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Bernard Gaida, aber auch der Vorsitzende der AGMO e.V., Tobias Körfer, und Dr. Peter Schabe von der Stiftung deutsch-polnische Kulturpflege und Denkmalschutz lieferten interessante Beiträge mit unterschiedlichen Ansatzpunkten. Zunächst wurden Grußworte von Vertretern der Bundes- und Landesregierung vorgetragen. Ein hoffnungsvolles Signal ging von der Rede der Vertreterin des Bundesinnenministeriums, Ministerialrätin Müller, aus. Sie sprach unter anderem von deutschsprachigen Kindergärten und Grundschulen in Trägerschaft der deutschen Organisationen in der Republik Polen, wie sie die AGMO e.V. seit Jahren fordert.

Völkerrechtliche Aspekte

Prof. Gornig aus Marburg und sein Kollege Kotowski aus Bromberg gingen in ihren Referaten völkerrechtlichen und politikwissenschaftlichen Aspekten des Nachbarschaftsvertrages auf den Grund. Gornig thematisierte die Kriterien, nach denen eine nationale Minderheit festgestellt werden könne. Er arbeitete zudem die Unterschiede zwischen der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen und der polnischsprachigen Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland heraus. Beide Gruppen seien nicht gleichzusetzen.

Die Rückgabe von Kulturgütern betreffend betonte er, daß es unter keinen Umständen ein Recht auf deren Zurückbehaltung gäbe. Eine gegenseitige Aufrechnung, wie sie die polnische Seite anstelle, fände im Völkerrecht keine Grundlage. Prof. Kotowski sprach über den Einfluß des Nachbarschaftsvertrages auf das deutsch-polnische Verhältnis. Dabei bezeichnete er die Kaczynski-Ära als große Belastungsprobe des Nachbarschaftsverhältnisses. Das Zentrum gegen Vertreibungen und die Preußische Treuhand störten weiterhin die Beziehungen. Unter Merkel und Tusk hingegen seien hektische Aufgeregtheiten nicht mehr üblich. Beide Referenten bewerteten den Nachbarschaftsvertrag und dessen Auswirkungen durchweg positiv. Prof. Gornig sprach gar von einer vorbildlichen Erfüllung.

Der Vortrag von Prof. Karol Sauerland aus Warschau hingegen, der sich mit den deutsch-polnischen Beziehungen im europäischen Kontext befaßte, war sehr allgemein gehalten. Polen und Deutschland teilten, so Sauerland, hauptsächlich den Blick nach Osten. Daher sei es auch nicht verwunderlich, wenn die polnische Regierung bezüglich Rußland die passive deutsche Haltung kopiere, was jedoch kritisch zu bewerten sei.

Differenzierte Bewertungen von AGMO e.V. und VdG

Der Beitrag des Vorsitzenden der AGMO e.V., Tobias Körfer, zur Sprach- und Identitätsproblematik der deutschen Volksgruppe sowie die Rede von Bernard Gaida zur aktuellen Situation der deutschen Volksgruppe in Polen ließen zunächst eine große inhaltliche Nähe vermuten. Körfer sprach jedoch über das, was von den Regierungsabsprachen an der Basis der Deutschen z.B. in Oberschlesien nicht ankomme. Deshalb wären diesbezügliche Erwartungen an den Vertrag nicht erfüllt worden. Die polnische und die deutsche Regierung verhielten sich gegenüber der deutschen Volksgruppe oftmals desinteressiert, aber auch seitens der gewählten Vertreter der Deutschen in der Republik Polen wäre manches Mal mehr Initiative zu wünschen. Gaida betonte die übergeordneten Aspekte des organisatorischen Handelns seines Verbandes. Während Körfer unter Beibringung verschiedener Beispiele die strukturelle Benachteiligung der Deutschen nachwies sowie eine baldige Änderung im Handeln der Bundesregierung und in der Verbandspolitik des VdG anmahnte - so fehlen deutsche Kindergärten und Grundschulen in der Republik Polen vollständig - schilderte Gaida das bisher Erreichte und die Pläne des VdG in politischen Bezügen.

v.l.: H.-G. Parplies, T. Körfer, P. Oprzondek, Dr. R. Landrock

Vertreibung der Deutschen in Polen tabuisiert

Im Vortrag von Prof. Stankowski aus Krakau kam zum Ausdruck, daß mit das größte Manko bei der historischen Verständigung die bis 1989 politisch vollkommen tabuisierte Vertreibung der Deutschen sei. Auch heute noch täte man sich in Polen sehr schwer, den Begriff „Vertreibung“ überhaupt zu akzeptieren. Mit dem „kulturellen“ Teil des Nachbarschaftsvertrages beschäftigte sich Dr. Schabe aus Görlitz. Ihm gelang es, den Zuhörern das Thema der Denkmalpflege auf erfrischende Weise nahe zu bringen. Die Umsetzung des Nachbarschaftsvertrages sei hier nicht optimal. Dies würde vor allem immer wieder dann deutlich, wenn es darum ginge, die spezifisch deutsche Geschichte eines Denkmals durch eine Restaurierung zu zeigen.

Die Erwartungen der Teilnehmer haben sich durchaus erfüllt. Hingegen ist es um die die Rechte der deutschen Volksgruppe weit weniger gut bestellt. Es bleibt zu hoffen, daß von der Tagung besonders die deutsche Volksgruppe betreffend neue Impulse für die Arbeit von landsmannschaftlichen Verbänden und Bundesregierung ausgehen.